

## **Teenager verurteilt: Vier Monate Bewährung nach Bombendrohungen!**

Ein 15-Jähriger wurde nach Bombendrohungen an drei Schulen in Linz verurteilt. Er erhielt vier Monate bedingt.



Nachrichten AG

**Linz, Österreich** - Ein 15-Jähriger wurde am 6. Juni 2025 am Landesgericht Linz zu einer bedingten Freiheitsstrafe von vier Monaten mit einer dreijährigen Probezeit verurteilt. Der Jugendliche hatte am 7. Mai 2025 Bombendrohungen an drei Schulen verschickt – zwei in Linz, eine in Traun (Oberösterreich) und eine in St. Veit an der Glan (Kärnten). In seinen E-Mails behauptete er, Sprengkörper in den Gebäuden versteckt zu haben, die jederzeit detonieren könnten. Trotz heftiger Reaktionen wurde bei Durchsuchungen mit Sprengstoffhunden in den Schulen kein gefährlicher Stoff gefunden.

Zur Identifikation des Täters nutzte die Polizei die IP-Adresse des Jugendlichen. Für den Polizeieinsatz in Oberösterreich wurde ihm

ein Kostenbetrag von 2.652 Euro in Rechnung gestellt. Der junge Angeklagte entschuldigte sich vor Gericht für sein unüberlegtes Verhalten und erklärte, er habe die Drohung als unbedachten Spaß betrachtet. Diese Einschätzung wurde von der Richterin in Frage gestellt, die anmerkte, dass die E-Mails in Englisch verfasst waren, was auf eine gewisse Überlegung hinweise.

## **Reaktionen und Verantwortung**

Der Verteidiger des Jugendlichen bezeichnete die Tat als „Blödsinn“ und betonte die Einsicht des Mandanten in die Schwere seiner Handlung. Der Junge selbst leugnete jedoch, mit seiner Aktion Furcht und Unruhe erzeugen zu wollen. Er habe bereits mit den betroffenen Schulen ein positives Gespräch geführt und sich entschuldigt. Weiterhin darf er die Schule besuchen und hat die Möglichkeit, in die nächste Klasse aufzusteigen.

Der Angeklagte hat bereits Pläne, die Kosten für die Polizeieinsätze durch Ferienjobs zu begleichen. Diese Situation wirft jedoch Fragen zur Verantwortung von Jugendlichen auf, die in der heutigen Zeit durch soziale Medien und andere Einflüsse dazu verleitet werden können, unüberlegte Handlungen zu tätigen. Gewaltprävention, insbesondere in Schulen, wird von der Polizei als zentrale Herausforderung angesehen. Programme wie das „Anti-Bullying-Programm“ sollen dazu beitragen, gewalttätige Übergriffe zu vermeiden und ein positives Lernumfeld zu schaffen.

## **Das Problem von Bombendrohungen**

Bombendrohungen an Schulen stellen in Deutschland eine ernsthafte Straftat dar. Laut Informationen von **Spiegel** können solche Taten mit Gefängnisstrafen von bis zu drei Jahren geahndet werden. Vor dem Hintergrund eines Anstiegs solcher Vorfälle ist es wichtig, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um Jugendliche über die Konsequenzen ihres Handelns zu informieren.

Die Polizei sieht frühzeitige Interventionen als entscheidend an, um solche Taten zu vermeiden. Es werden verschiedene Programme und Maßnahmen benötigt, um ein sicheres Schulumfeld zu fördern und um Aggressionen bereits im Ansatz zu begegnen. Ein Fokus liegt dabei auf der Sichtbarkeit und Konsequenz im Umgang mit Mobbing und Bedrohungen, was gerade in einer Zeit digitaler Kommunikation unerlässlich ist.

Erziehungsberechtigte, Lehrer und die Schulgemeinschaft stehen in der Verantwortung, aktiv gegen das Entstehen solcher Taten vorzugehen. Aufklärung und Sensibilisierung sind Schlüssel dazu, damit Jugendliche verstehen, dass es keine „Unschuldigen“ in solchen Taten gibt, und dass jede Form von Gewalt oder Bedrohung nicht hinnehmbar ist, wie auch die **Polizei** betont.

Details	
<b>Vorfall</b>	Bombendrohung
<b>Ort</b>	Linz, Österreich
<b>Festnahmen</b>	1
<b>Schaden in €</b>	2652
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.5min.at">www.5min.at</a></li><li>• <a href="http://www.spiegel.de">www.spiegel.de</a></li><li>• <a href="http://www.polizei-beratung.de">www.polizei-beratung.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**